



Wirtschaft

FINANZMÄRKTE

Das Kartell

Bankenskandale gab es schon viele, einen solchen noch nie: Aufseher und Politiker sehen in der Manipulation des Libor-Zinssatzes einen Fall von organisiertem Betrug. Den beteiligten Instituten drohen Strafen in Milliardenhöhe.





Eduard Pomeranz und Rolf Majcen sind eigentlich kleine Fische im Hai-fischbecken der internationalen Großfinanz. Ihr Hedgefonds FTC Capital sitzt im beschaulichen Wien und verwaltet gerade einmal 150 Millionen Euro. Doch jetzt könnten Pomeranz, der Gründer, und Majcen, Chef der Rechtsabteilung, den großen Fischen Angst einjagen.

„Die Libor-Manipulation ist vermutlich der bisher größte Finanzskandal“, sagt Majcen, ein Mann mit Fransenpony und Wiener Schmäh. Ja, es hat ihn schockiert, dass so etwas möglich ist; dass eine Gruppe internationaler Banken über Jahre hinweg Zinsen manipuliert. Doch Majcen ist niemand, der das einfach so hinnimmt. Er ist selbst Finanzprofi. Einer von vielen, die sich jetzt Geld zurückholen wollen, um das sie sich betrogen fühlen.

Ende Juni haben britische und amerikanische Aufsichtsbehörden eine halbe Milliarde Dollar Strafe gegen die britische Großbank Barclays verhängt und deren Chef Bob Diamond zum Rücktritt gezwungen.

Seitdem herrscht in der Finanzbranche eine Art Krieg. Ermittler attackieren die mutmaßlichen Täter, involvierte Banken schwärzen andere an in der Hoffnung auf Strafmilderung – und kleine Investoren wie Majcen überziehen die Libor-Banken mit Klagen.

Die Deutsche Bank und mehr als ein Dutzend andere Finanzkonzerne stehen am Pranger, weil ihre Mitarbeiter die Manipulation des Schlüsselzinses Libor organisiert haben sollen. Ein Kartell, wie man es bislang nur von Branchen wie der Tabakindustrie gekannt hatte.

Aufseher sprechen schon von „organisiertem Betrug“. Banker sollten „Bankster“ heißen, schimpfte Viviane Reding, Justizkommissarin der EU. Doch bei manchen Behörden, vor allem in New York und London, soll das Geschrei wohl auch ablenken vom eigenen Versagen. Jahrelang übersahen die Kontrolleure, was unter ihren Augen geschah.

Seit die Behörden aufgewacht sind, verfolgen sie die Täter in den Banken massiv – bis in die Vorstandsetagen. Mehr als ein halbes Dutzend Behörden von Kanada bis Japan untersuchen den Fall.

Ein Dutzend Mitarbeiter der Bundesbank sind seit Wochen bei der Deutschen Bank zu Besuch. Sie arbeiten für die Finanzaufsicht BaFin, die eine Sonderprüfung angeordnet hat; sie stöbern in der Zentrale in Frankfurt am Main, reisen nach London, wo die Geldhändler sitzen, und fliegen bis nach Tokio. Selbst die beiden neuen Chefs der Bank, Anshu Jain und Jürgen Fitschen, müssen den Aufsehern Rede und Antwort stehen. Besonders unangenehm ist das für Jain: Als

Chef des Investment-Banking fielen in der fraglichen Zeit auch die Geldmarktgeschäfte in seine Zuständigkeit.

Libor, Anker der Finanzwelt

Weltweit gelten Libor und Euribor als Basiswerte für Geldgeschäfte Hunderter Billionen Euro. Wenn eine Sparkasse einem Unternehmer zu variablen Zinsen Kredit gibt, orientiert sich der Vertrag am Euribor. „Häufig ist selbst für die Ausgestaltung von Tagesgeldern der Euribor die entscheidende Richtlinie“, sagt Falko Fecht, Professor an der Frankfurt School of Finance. Vor allem in Spanien bauen außerdem Zehntausende Baukredite auf dem Euribor auf, in den USA hängen Millionen Hypothekenkontrakte vom Libor-Satz ab.

Im Visier hatten die Banker des Kartells jedoch zunächst ganz andere Geschäfte: Sie wollten für sich oder ihre Kollegen aus den Handelsabteilungen den gewaltigen Markt der Zins- und Währungsderivate beeinflussen. Das Volumen der ausstehenden Geschäfte in diesem Bereich betrug Ende 2011 allein 567 Billionen US-Dollar. Schon Veränderungen von 0,01 Prozentpunkten bedeuten für manche Banken Hunderte Millionen an Gewinn oder Verlust. Umso verwunderlicher ist der laxer Umgang, den sowohl Banken als auch Aufseher jahrelang bei der Berechnung der Sätze an den Tag legten.

Für die Ermittlung des Libor sind insgesamt maximal 18 Geldhäuser zuständig, unter ihnen die Deutsche Bank. Sie geben jeden Vormittag Schätzungen ab, zu welchen Kosten sie sich an den Märkten ohne Sicherheiten Geld leihen könnten. Der Finanzdienstleister Thomson Reuters rechnet auf Basis dieser Daten Mittelwerte aus – für 10 verschiedene Währungen und 15 verschiedene Laufzeiten.

Die Berechnung des Euribor erfolgt nach einem ähnlichen Schema, nur dass mit 43 Banken wesentlich mehr Geldhäuser an dem Prozess beteiligt sind.

Von seriöser Rechnung kann trotzdem keine Rede sein. Denn die Schätzungen müssen oft nach dem Motto laufen: Pimal Daumen. Der Markt nämlich, den die Daten widerspiegeln sollen, ist seit der Finanzkrise tot. Ohne die Hinterlegung von Sicherheiten wird derzeit nur wenigen Banken noch Geld geliehen.

Außerdem zeigten bislang weder Bankmanager noch Aufseher großes Interesse an der Frage, wie der wichtige Leitzins ermittelt wird. Die Eingabe der Daten blieb oft einfachen Geldhändlern überlassen – die dadurch schwere Interessenkonflikte hatten und gefährlichen Einfluss auf die Finanzwelt bekamen. „Der Libor-Zins lud zu Manipulation geradezu ein“, findet BaFin-Chefin Elke König.

Das Kartell entsteht

2005 stieß ein junger Händler mit marokkanischen Wurzeln zu Barclays: Philippe

Beschuldigte Banken

Ruf nach strenger Regulierung

MOORE/AFP; SCARFF/GETTY IMAGES; HARTMANN/REUTERS; CLARY/AFP; GETTY IMAGES; DITSCHE/VERSION; SERGIENKO/AG; FOCUS; LANE/DPA



GETTY IMAGES (L.); ALEX DOMANSKI / REUTERS (R.)



Zurückgetretener Barclays-Chef Diamond, Deutsche-Bank-Chef Jain: „Kultur der zynischen Gier in den Handelssälen“

Moryoussef, heute 44 Jahre alt. Es war für ihn eine Station unter vielen: Société Générale, Barclays, Royal Bank of Scotland, Morgan Stanley und schließlich Nomura. Die Japaner ließen ihn gehen, als klar wurde, welche Rolle Moryoussef in dem Zins-Kartell gespielt haben soll.

In der Londoner City galt Moryoussef als cool und unaufdringlich. Einer, der gern tauchte, Bücher las und sich außerhalb der Bank nicht aufspielte, auch wenn er mit Frau und zwei Kindern ein 2,5-Millionen-Pfund-Apartment im Londoner Stadtteil St. John's Wood bewohnte.

In seiner Zeit bei Barclays handelte Moryoussef Zins-Derivate. Der Händler und seine Kollegen wussten ganz genau, welchen Verlust oder Gewinn es ihnen bringen würde, wenn sich Libor oder Euribor um einen Bruchteil in die eine oder andere Richtung veränderte.

Und sie taten offenbar alles, um den Zufall auszutricksen. Fast täglich telefonierte und mailte Moryoussef mit Kollegen in und außerhalb der Bank, um die Zinsen in die richtige Richtung zu lenken. Dazu schickten sie jenen Kollegen Anfragen, die für die Abgabe des Libor-Satzes zuständig waren: den Geldhändlern.

In der schillernden Welt des Investment-Banking standen die Geldhändler vor der Finanzkrise ganz unten in der Hackordnung. Sie waren nicht für die großen Deals verantwortlich. Von den hohen Boni der Aktien- und Anleihehändler konnten sie nur träumen. „Die waren in der Nahrungskette immer ganz unten angesiedelt“, erinnert sich ein ehemaliger Investment-Banker.

Es war eine verschworene Gemeinschaft von Underdogs, die sich institutsübergreifend mindestens einmal im Monat in New York, London und Frankfurt auf ein Bier oder einen Mojito traf. Alle hatten Mitte des vergangenen Jahrzehnts, als das Geld bei den Banken scheinbar im Überfluss vorhanden war, das gleiche Problem. Sie wurden von den Kollegen in den Handelssälen der großen Institute belächelt – oder ignoriert.

Doch was wäre, wenn man wüsste, wohin die Zinsen am Tagesende oder auch nur in der nächsten Stunde gehen? Wenn ein paar Händler das Auf und Ab der Zinsen manipulieren könnten?

Spätestens 2005 muss den Händlern gedämmert haben, welche Macht sie haben, wenn sie sich in ihrem kleinen Kreis verabreden würden. Es brauchte keine formellen Verträge zwischen großen Institutionen, sondern einfach nur Verabredungen unter Amigos. Ein Fingerzeig hier, ein Mittagessen in kleinem Kreis dort – und fertig war ein weltumspannendes Kartell, dass nach bisherigen Erkenntnissen der Ermittler von Japan über Europa bis nach Kanada reichte.

„Komm vorbei, ich öffne eine Flasche Bollinger“, schrieb ein erfolgstrunkener Händler nach der Fixierung des Libor-Kurses seinem Kollegen. Die E-Mail zitiert Adair Turner von der britischen Aufsichtsbehörde als Beleg für „eine Kultur der zynischen Gier in den Handelssälen“.

Der organisierte Betrug

„Wenn der Zins unverändert bleibt, bin ich ein toter Mann“, mailte ein Händler im Oktober 2006 an einen Kollegen, der

für den Libor zuständig war. Mindestens 173 Anfragen dieser Art stellten die Händler zwischen 2005 und Mai 2009 allein für den Dollar-Libor. Oft hatten sie Erfolg.

Moryoussef, der in den Akten der britischen Börsenaufsicht FSA als „Händler E“ geführt wird, spezialisierte sich auf den Euribor. Mit 30 Milliarden Euro soll er auf bestimmte Bewegungen des Zinses gewettet haben, eine normale Größenordnung im schnellen Geldhandel. „Der Trick ist, dass du es nicht allein machen darfst“, prahlte er vor externen Kollegen, die bei HSBC, Société Générale oder der Deutschen Bank mit ihm kooperiert haben sollen.

Ging es den Händlern zunächst darum, ihren Bonus zu steigern, erreichte die Manipulation in der Krise eine andere Dimension. Als 2007 die ersten Banken bebten, wurde es für viele Finanzkonzerne schwieriger, sich Geld zu beschaffen – ein Problem, das sich normalerweise direkt in höheren Libor-Zinsen zeigt.

Aufgeschreckt von Medienberichten wiesen bei Barclays nun auch Top-Manager die Libor-Männer an, niedrigere Sätze einzugeben. Im Oktober 2008 wurde die Manipulation für Barclays zur Überlebensfrage. Am 29. Oktober meldete sich ein besorgter Paul Tucker, heute stellvertretender Vorsitzender der Bank of England, bei Barclays-Chef Diamond. Warum die Bank bei der täglichen Libor-Meldung denn stets so hohe Zinsen melde, fragte der Zentralbanker.

Diamond behauptete vor dem Parlamentsausschuss, dass Tucker ihn zu einer niedrigeren Zinsmeldung für den Libor aufgefordert habe, was der allerdings heftig bestreitet. Diamond jedenfalls fertigte noch am selben Tag eine entsprechende Aktennotiz zu dem Telefongespräch an, in der er politischen Druck erwähnte. Daraufhin sprach sein Organisationschef mit den Geldmarktleuten. Aus den Underdogs waren auf einmal Ansprechpartner für den Vorstand und potentielle Retter der Bank geworden.

Barclays war nicht die einzige Bank, die im Herbst 2008 kaum noch an Geld

Belastung für Banken

Geschätzte Kosten durch Zivilklagen infolge des Libor-Skandals, in Mio. Dollar

Royal Bank of Scotland	1057
Deutsche Bank	1041
Bank of America	994
J.P. Morgan	975
Barclays	970
Credit Suisse	742
Citigroup	702
UBS	585
HSBC	348
Société Générale	329
Lloyds	59

DER SPIEGEL

Quelle:
Morgan Stanley

KOMMENTAR

Trennt die Banken

Von Georg Mascolo

kam. UBS, Citigroup und Royal Bank of Scotland, die neben Barclays nun als Hauptverdächtige gelten, mussten von ihren Regierungen gerettet werden. Die deutsche WestLB, damals an der Libor-Findung beteiligt, galt ebenfalls als Problemfall – den von ihr gemeldeten Libor-Sätzen sah man das nicht an.

Die Deutsche Bank

Schon im Herbst 2011 hatte der damalige Risikochef der Deutschen Bank, Hugo Bänziger, eine interne Prüfung angestoßen. Millionen E-Mails mussten gesichtet, Chat-Protokolle gelesen werden. Bänziger heuerte eine Kanzlei an, bald war das für den Skandal zuständige Team 50 Mann stark. Doch die Rechercheure schoben Dauerfrust. Wo solle man anfangen?

Erst als britische Ermittler die Namen zweier verdächtiger Händler nannten, konnten Erfolge an den damaligen Bankchef Ackermann gemeldet werden. Der erkundigte sich wöchentlich nach dem Fortschritt der Ermittlungen. Er schien zu ahnen, was auf sein Haus zukam. Zwei Händler wurden entlassen.

Seit Ackermann, Bänziger und der frühere Chefkontrolleur Clemens Börsig die Bank verlassen haben, kümmert sich der neue Aufsichtsratschef Paul Achleitner um die Aufarbeitung des Libor-Skandals. Es heißt, er sei fest davon überzeugt, dass die Bank nie versucht hat, den Libor zu drücken, um die eigene Lage zu beschönigen. Finanzierungsprobleme? Gab es bei der Deutschen Bank nicht. Auch sehe Achleitner bislang keine Hinweise, dass Vorstände oder gar Anshu Jain selbst in die Affäre verwickelt waren.

Doch kann es sein, dass nur zwei verirrte Händler an dem Kartell beteiligt waren? Warum wusste kein Vorgesetzter, kein Compliance-Mitarbeiter von ihrem Treiben? Die Deutsche Bank rühmt sich dafür, im Handel mit Währungen und Zinsen weltweit vorn zu sein. Sie sitzt in allen Panels zur Ermittlung des Libor. Und doch sieht sich die Deutsche Bank nur als Mitläufer im Zins-Skandal.

Warum aber hat Alan Cloete, in den wilden Libor-Jahren wohl unter anderem verantwortlich für das Geldmarktgeschäft, von der Manipulation nichts gemerkt? Und warum wurde der bullige Südafrikaner trotzdem in diesem März von Jain in den erweiterten Vorstand befördert, als die Ermittlungen und internen Untersuchungen in Sachen Libor schon liefen? Im Umfeld der Bank findet das manch einer merkwürdig, andere sehen darin gerade einen Beweis, dass Cloete sich in Sachen Libor nichts vorzuwerfen hat.

Das Versagen der Aufseher

Am 11. April 2008 telefonierte ein Mitarbeiter des Geldmarkt-Teams von Barclays mit Fabiola Ravazzolo, Mitarbeiterin bei der New Yorker Fed.

Die Banken erpressen uns, hat SPD-Chef Sigmar Gabriel in einem Thesenpapier geschrieben, und es ist zu hoffen, dass in dem Getöse über seine teilweise berechtigten, teilweise überzogenen Forderungen die wirklich wichtige Wortmeldung dieser Woche nicht vergessen wird.

Sie kommt von Sandy Weill, er war acht Jahre lang die bestimmende Figur der US-Großbank Citigroup. Dieser Sandy Weill, der ein Finanzimperium geschmiedet und – erfolgreich – gegen so ziemlich jede Regulierung des Bankensektors angekämpft hat, sagt jetzt: Zerschlagt die großen Banken.

Was er will, ist eine Rückkehr zu den Regeln, die der Welt schon einmal gut gedient haben, erdacht nach der Finanzkrise der dreißiger Jahre, beseitigt im Rausch der Liberalisierung in den Neunzigern.

Glass-Steagall-Act hieß das Gesetz, das die Bankenwelt in zwei Kategorien teilte.

In Banken, die sich klassischen Geschäften widmen, Kundeneinlagen verwalten und Kredite vergeben und deshalb für jede Volkswirtschaft tatsächlich systemrelevant sind. Solche Banken müssen geschützt und notfalls auch vom Staat gerettet werden.

Und in die Investmentbanken, denen zu oft jedes riskante Geschäft recht ist, wenn es denn Gewinn abzuwerfen verspricht. Geht es schief, soll ihnen, so will es Sandy Weill, niemand zu Hilfe eilen müssen. Diese Banken wären kleiner, keine Finanzgiganten mehr. Was zu groß zum Scheitern ist, wäre künftig zu groß, um überhaupt existieren zu dürfen.

Amerika diskutiert – wie die gesamte Finanzwelt – Weills Vorstoß.

Denn der US-Banker gehörte zu denjenigen, die Bill Clinton 1999 dazu drängten, das Gesetz abzuschaffen. In seinem Büro hing eine Plakette, in der er sich als „Zertrümmerer des Glass-Steagall-Gesetzes“ feierte. Noch hat der Vorschlag nicht genügend Unterstützung, auch wenn ein kluger deut-

scher Dax-Vorstandschef wie Nikolaus von Bomhard (Munich Re) den Konstruktionsfehler des Systems ebenfalls beseitigen will. Das will übrigens auch Gabriel.

Einwände kommen von allen Seiten (auch aus der Wirtschaftsredaktion des SPIEGEL): etwa, dass sich so nichts Grundlegendes ändern ließe, wie der Fall der Lehman-Pleite beweise. Die Investmentbank, deren Kollaps die Finanzkrise auslöste, hätte so oder so gerettet werden müssen. Das stimmt – aber nur im jetzigen System. Bei einer strikten Trennung der Banken ist es sehr wohl wahrscheinlich, dass Lehman nicht die gesamte Finanzwelt mit in den Abgrund hätte reißen können. Und, ja, die Trennung würde Probleme mit sich bringen für

die Deutsche Bank, die Investment- und Geschäftsbank ist und damit nach einem neuen Modell suchen müsste. Und doch: Die Vorteile wiegen die Nachteile bei weitem auf.

Noch jede halbwegs sinnvolle Reform der Finanzwelt ist bisher am Widerstand der

Wall Street, der Londoner City oder der FDP gescheitert. Nicht einmal die Politiker glauben noch daran, dass sie ihr Versprechen – Exzesse lassen wir nie mehr zu – einlösen können. Nichts passiert. Die alte Trennbanken-Regelung würde heute so nicht mehr funktionieren. Aber sie lässt sich anpassen an die heutige Welt der Finanzmärkte. Das ist Handwerk. Es könnte schnell gehen. Und das muss es auch.

Möglich wurde das Glass-Steagall-Gesetz übrigens, weil in den USA eine Senatskommission das dumme, riskante und bisweilen kriminelle Verhalten der Banken vor der Großen Depression entlarvt hatte. Die Empörung ebnete dem Gesetz den Weg. Manchmal wiederholt sich Geschichte doch. Glass-Steagall hat der Welt über Jahrzehnte gute Dienste geleistet; besser, man hätte das Gesetz niemals außer Kraft gesetzt.

Jetzt ist es an der Zeit, diesen Fehler zu korrigieren.

Nicht einmal die Politiker glauben noch daran, dass sie ihr Versprechen – Exzesse lassen wir nie mehr zu – einlösen können.

Barclays-Mann: „Wir sind fest davon überzeugt, dass der Dollar-Libor nicht reflektiert, wo der Markt wirklich steht.“

Ravazzolo: „Mm hmm.“

Einige Momente später sagte der Barclays-Mann laut dem von der Bank zur Verfügung gestellten Protokoll des Telefonats: „Wir veröffentlichen keinen ehrlichen Libor.“

Ravazzolo: „Okay.“

Barclays-Mann: „Und wir machen das, damit wir keine unerwünschte Aufmerksamkeit auf uns ziehen.“

Ravazzolo: „Okay.“

Kein Entsetzen, keine Nachfragen über die Details kamen von der Aufseherin. Einige Monate später wiederholte sich das Spiel mit einer anderen Fed-Mitarbeiterin.

Es sind Protokolle des Versagens. 13-mal hatten die Barclays-Leute auch bei

Die Reaktion auf der anderen Seite des Atlantik blieb zuerst aus. Geithners Sekretariat musste am 1. Juni erst einmal eine Erinnerungs-E-Mail hinterherschicken. Zwei Tage später reagierte dann endlich Bank-of-England-Chef King: Die Vorschläge hörten sich gut an. Man sollte sich weiter darüber unterhalten.

Doch in den folgenden Monaten pasierte: nichts. Die Finanzkrise steuerte auf den Höhepunkt zu, Lehman ging pleite. Die Zentralbanker hatten andere Sorgen. So lautet dann heute auch die Verteidigungslinie der Aufseher: Wenn nicht gerade die Welt am Abgrund gestanden hätte, wäre ihnen der Libor-Skandal sicher nicht so durch die Finger gescrutscht.

Immerhin: Die amerikanische Terminbörsenaufsicht CFTC bleibt seit 2008 dran

chen über die Bestimmung dieser Aussätze ein“, sagt EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia. Es geht also nicht allein um die Festlegung der globalen Zinssätze zum eigenen Vorteil. Auch der Riesenmarkt der Derivate wurde möglicherweise manipuliert.

„Derivatehändler sollen sich ebenfalls über die Differenz zwischen Ankaufs- und Verkaufskursen (Spreads) von Derivaten abgesprochen und dadurch Kunden diese Finanzinstrumente zu marktunüblichen Konditionen verkauft haben“, heißt es bei der Schweizer Wettbewerbskommission, die auch wegen möglicher Kartelle ermittelt.

Zwar ist es schwer, einen eindeutigen Beweis wie zum Beispiel einen schriftlichen Kartellvertrag zu finden. Doch allein in Brüssel haben sich über 40 Banken gemeldet, die ihr Wissen über die jahrelangen Manipulationen mitteilen wollen. Dem ersten Kronzeugen der Anklage, der neues Wissen über ein Kartell offenbart und Beweise liefert, winkt ein Strafabatt von 100 Prozent. Der zweite kann in Brüssel mit einem Nachlass von bis zu 50, der dritte mit bis zu 30 Prozent rechnen, wenn er auch während der Ermittlungen sein ganzes Wissen offenlegt.

Die EU-Kommission kann bis zu zehn Prozent der Erträge eines Jahres von den Banken verlangen. „Es könnte neue Rekorde bei den Strafen geben“, sagt ein Mitarbeiter der Brüsseler Wettbewerbskommission. Einzelne Kreditinstitute müssten allein bei der EU möglicherweise über eine Milliarde Euro Strafe zahlen.

In den USA ermitteln inzwischen nicht mehr nur die Finanzaufsichtsbehörden, sondern auch das Justizministerium: Für gleich mehrere Banken soll der Skandal damit nicht nur zivilrechtliche, sondern auch strafrechtliche Folgen haben, heißt es in Washington. Gegen mindestens eine Bank soll noch in diesem Jahr Anklage erhoben werden. Und dazu hat auch der Kongress Untersuchungen angekündigt.

Erst im Herbst 2011 erfuhren die Aufseher in Bonn von ihren Kollegen in den USA und Großbritannien über die Dimensionen des Skandals, zuvor war das Problem an ihnen weitgehend vorbeigegangen. Der Chefaufseher für die Banken, Raimund Röseler, bereitete daraufhin eine Sonderprüfung vor, seit Mai läuft die Untersuchung.

Was den Banken jetzt droht

Als BaFin-Chefin Elke König neulich über den Libor-Skandal sprach, dürften die deutschen Banken aufgehört haben. „Grundsätzlich müssen Banken für eventuelle Schäden angemessene Rückstellungen bilden“, stellte König fest.

Investoren wie der Wiener Hedgefonds FTC Capital machen klar, dass sie nicht

Referenz ohne Wert

Wie der Referenzzins Libor errechnet wird – und welche Macht die Banken dabei haben

Beispiel Dollar-Libor

1 Die 18 maßgeblichen Banken* melden täglich den Zinssatz, zu dem sie sich (angeblich) Geld leihen können.

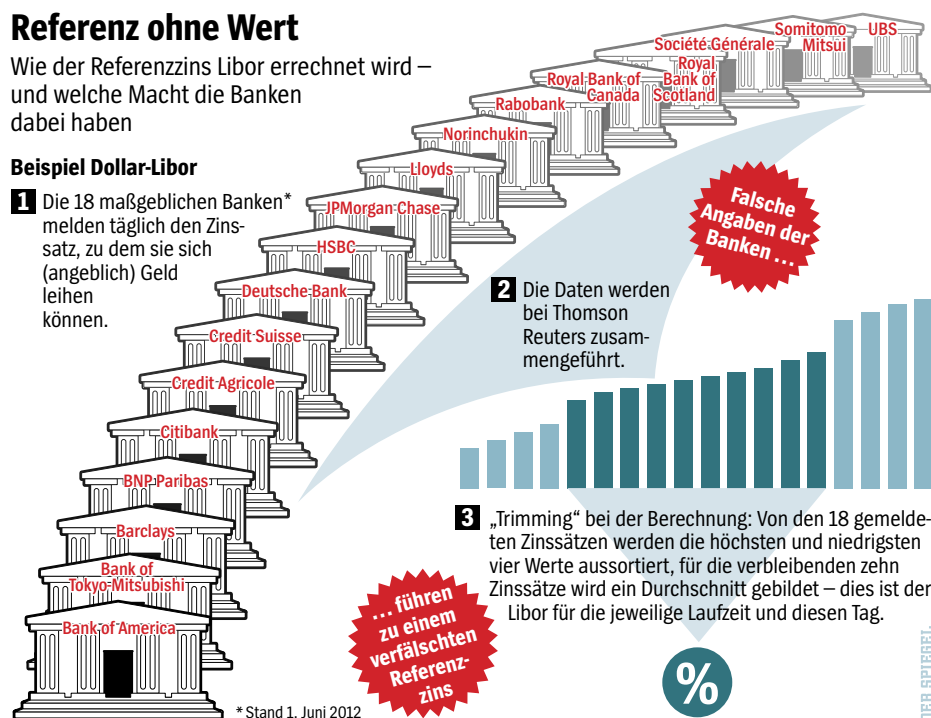
2 Die Daten werden bei Thomson Reuters zusammengeführt.

3 „Trimming“ bei der Berechnung: Von den 18 gemeldeten Zinssätzen werden die höchsten und niedrigsten vier Werte aussortiert, für die verbleibenden zehn Zinssätze wird ein Durchschnitt gebildet – dies ist der Libor für die jeweilige Laufzeit und diesen Tag.

... führen zu einem verfälschten Referenzzins

%

DER SPIEGEL



*Stand 1. Juni 2012

der britischen Aufsicht Hinweise auf mögliches Fehlverhalten der Konkurrenz bei der Libor-Festsetzung gegeben, gab der FSA-Chef Adair Turner bei einer Anhörung vor dem britischen Untersuchungsausschuss zu. Niemand schlug Alarm.

In Amerika drang das Thema schließlich doch weiter nach oben und erreichte den damaligen Chef der New Yorker Fed, Timothy Geithner, heute Finanzminister der USA. Ende Mai schrieb er eine eher beiläufige E-Mail zum Thema Libor an den Chef der Bank of England: „Wir würden uns freuen, darüber bei Gelegenheit zu diskutieren. Und es wäre schön, wenn ihr uns wissen lasst, welche Veränderungen möglich sind.“ Im Anhang der E-Mail: zwei Seiten mit „Empfehlungen für eine Stärkung der Glaubwürdigkeit des Libor“. Eine Warnung vor üblen Machenschaften war das nicht.

an dem Thema – und sorgt dafür, dass schließlich weltweit ermittelt wird.

Der Spuk fliegt auf

„Es greifen nun die Mechanismen, wie ich sie bisher nur aus Mafia-Filmen kannte“, sagt in diesen Tagen ein erschütterter Finanzaufseher. Seit in New York, London, Brüssel und anderswo die Ermittlungen auf Hochtouren laufen, packen verdächtige Bankmanager aus.

Der Druck ist groß. Die EU-Kommission leitete im vorigen Jahr gleich mehrere Kartellverfahren gegen die Banken ein. Es gilt als die schärfste Waffe im Wirtschaftsrecht, weil Brüssel gegen die Teilnehmer eines Kartells hohe Strafen verhängen kann.

„Wir konzentrieren uns bei den Untersuchungen auf verdächtige Kartellvereinbarungen unter Einbezug von Derivaten – das schließt mögliche Geheimabspra-



VG BILDKUNST, BONN 2012. FOTO: L. IGMER/DPA (L.O.); PHOTOSHOT (L.O.); BERND ROSELEB / VISUM (R.)

Kläger Pomeranz (l. o.), Gussinski (u.), Metzler: Vom Vorgehen der Aufsicherer ermutigt

lockerlassen werden. Man sehe sich in der Pflicht gegenüber den eigenen Kunden, Schadensersatz geltend zu machen, erklärt FTC-Mann Majcen. Aus dem gleichen Grund hat Friedrich von Metzler, dessen Bankhaus sich über eine Fondstochter von der Zins-Manipulation geschädigt sieht, eine Klage eingereicht.

In den USA gibt es bereits 20 Klagen, die teilweise zu Sammelklagen zusammengefasst wurden. Von der Stadt Baltimore über den Pensionsfonds der Polizei- & Feuerwehrleute der Stadt Dania Beach bis zum russischen Oligarchen Wladimir Gussinski reichen die Kläger.

Ermutigt sehen sie sich von dem Vorgehen der Aufsichtsbehörden. „Sowohl die amerikanische CFTC als auch die FSA haben hervorragende Ermittlungsarbeit geleistet“, sagt Majcen. Bankanalysten erwarten, dass auf andere Institute ähnlich hohe Strafen zukommen wie auf Barclays. Eigentlich hätten die Banken ein Interesse, nun schnell Vergleiche abzuschließen. „Doch sie haben Angst, weil sie seit Barclays wissen, dass es nicht nur um Geld, sondern auch um Köpfe geht“, sagt ein Großaktionär der Deutschen Bank.

Deutsche Anwälte bringen sich ebenfalls in Stellung. „Einige institutionelle Anleger haben sich bereits gemeldet“, sagt etwa Marc Schiefer von der Kanzlei Tilp in Tübingen.

Bis über Schadensersatzklagen entschieden wird, dürften Jahre vergehen. FTC-Manager Majcen erwartet, dass frühestens im Frühjahr 2013 über eine Zulassung der

Klagen entschieden wird, weitere drei bis fünf Jahre könnten die Beweisaufnahme und die Verhandlung dauern. Die Investment-Bank Morgan Stanley hat trotzdem schon einmal hochgerechnet und kommt auf mögliche Gesamtkosten für die Banken aus Strafen und Schadensersatzzahlungen von 22 Milliarden Dollar, 1,5 Milliarden davon für die Deutsche Bank.

Hart würden mögliche Libor-Lasten auch die WestLB beziehungsweise ihre Nachfolgesellschaft Portigon treffen. Die einst so stolze Landesbank wird gerade abgewickelt, was die Alteigentümer – das Land NRW und die Sparkassen – Milliarden kostet. Die Libor-Affäre könnte auch die Rechnung für die Steuerzahler noch einmal erhöhen.

Ob die WestLB und womöglich noch andere deutsche Banken in den Zins-Skandal verwickelt sind, will die Finanzaufsicht jetzt in einer Großoffensive klären. Sämtliche Banken, die bei der Ermittlung des Euribor helfen, wurden angeschrieben. Bis vergangenen Donnerstag mussten sie den Kontrolleuren genau die internen Prozesse zur Berechnung des Euro-Zinssatzes erklären – und vor allem die Überwachungsmechanismen. Sollten sich daraus Anhaltspunkte für Versäumnisse ergeben, könnte auch diesen Banken eine Sonderprüfung ins Haus stehen.

Auch Fondsgesellschaften bekamen Post aus Bonn. Sie sollen ermitteln, welche ihrer Produkte betroffen sind, und wenn möglich auch gleich den möglichen Schaden rapportieren.

Besonders ungemütlich aber wird es für die Deutsche Bank. Denn die BaFin will ihre Aufsichtskapazitäten für das Geldhaus in naher Zukunft verdoppeln – statt zwei sollen künftig drei oder vier Referate sich mit der Deutschen Bank beschäftigen. Die nötigen Mitarbeiter sollen teilweise durch eine Umstellung der internen Organisation frei werden.

Außerdem hat die BaFin gerade ein Thesenpapier zu einem Thema erstellt, das vor allem für Jain große Sprengkraft hat: Denn die Bonner denken mittlerweile intensiv über die Frage nach, wie im Investment-Banking der gefährliche Eigenhandel über Holdingstrukturen vom Restgeschäft isoliert werden könnte.

Entsprechende Gesetzesvorschläge der britischen Vickers-Kommission könnten womöglich auf deutsche Banken anwendbar sein, finden die Aufseher. Auch Munich-Re-Chef Nikolaus von Bomhard – selbst im Aufsichtsrat der Commerzbank – redete kürzlich einer Aufspaltung von Großbanken das Wort (siehe Kommentar Seite 67). Achleitner, der bis vor kurzem im Allianz-Vorstand saß, soll über seinen früheren Branchenkollegen schwer verärgert gewesen sein.

Der Ruf nach einer strengen Regulierung wird in der Politik nun wieder lauter. SPD-Chef Sigmar Gabriel hat Banken-Bashing als Wahlkampfschlager entdeckt und die Wahl im Herbst 2013 zur „Entscheidung über die Bändigung des Banken- und Finanzsektors“ erklärt.

Zwar warf Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) dem potentiellen sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten daraufhin „billigen Populismus“ vor. Allerdings klang die Replik eher pflichtschuldig als überzeugt. Schließlich ist auch in Berlin das Entsetzen über den Libor-Skandal groß.

„Das ist ein absoluter Hammer“, sagt ein Insider. Früher habe das Fehlverhalten von Bankmanagern in ihrer Dummheit bestanden, weil sie Papiere gekauft hätten, ohne sie zu verstehen. „Das war schon schlimm genug. Aber einen Marktsatz zu manipulieren ist kriminell.“ Ein Teil der Branche verstehe offenbar nicht, was die Stunde geschlagen habe.

Bei der Aufklärung der Vorwürfe dürfen die Beteiligten nicht mit Milde rechnen – auch nicht die Deutsche Bank und ihr neuer Chef Anshu Jain. „Wir können auf Namen keine Rücksicht nehmen“, heißt es in der Hauptstadt.

SVEN BÖLL, MARTIN HESSE, CHRISTOPH PAULY, THOMAS SCHULZ, ANNE SEITH



Video:
Armin Mahler über den Libor-Skandal

Für Smartphone-Benutzer: Barcode scannen, etwa mit der App „Scanlife“. spiegel.de/app312012libor